

Ungenutzte Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen	397
Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Berlin	405
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 33/92

Berlin

13. August 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Ungenutzte Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen

Viele Frauen unterbrechen im Laufe ihres Lebens ein- oder mehrmals die Erwerbstätigkeit, um Kinder zu betreuen. Oft läßt sich die Übernahme familiärer Aufgaben — jedenfalls zeitweise — nicht mit der Ausübung einer Erwerbstätigkeit vereinbaren. Mit dem Heranwachsen der Kinder werden dann die Spielräume für Mütter wieder größer, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Diese Frauen bilden den größten Teil der Stillen Reserve des Arbeitsmarktes. Rund 2 Mill. Frauen planen ihre Rückkehr auf den Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 5 Jahre. Sie sind überwiegend gut ausgebildet. Ihre Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz sind nicht zuletzt dadurch begründet, daß die Arbeitgeber bestimmte Nachteile in der Berufsunterbrechung sehen. Hinzu kommt, daß Berufsrückkehrerinnen zumeist eine Teilzeitbeschäftigung anstreben. Angesichts der bestehenden Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere im Dienstleistungsbe- reich kommt es darauf an, Berufsrückkehrerinnen als Zielgruppe betrieblicher Personalpolitik stärker als bisher wahrzunehmen und zu berücksichtigen.

Wie hoch ist nun das Potential rückkehrwilliger Frauen? Welche Qualifikationen bringen sie mit? Diese Fragen sollen auf der Grundlage von Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) beantwortet werden, einer repräsentativen Wiederholungsbefragung privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, die im alten Bundesgebiet seit 1984 und in den neuen Bundesländern seit 1990 jährlich durchgeführt wird¹. Einbezogen werden die deutschen Frauen in den alten Bundesländern, die in den ersten sechs Befragungswellen, also im Zeitraum 1984 bis 1989, kontinuierlich an der Panel-Befragung teilgenommen hatten². In den neuen Bundesländern sind Aussagen über die dortigen (wenigen) Berufsrückkehrerinnen kaum möglich; sie sind deshalb nicht einbezogen worden.

Die Befragungen des SOEP in Westdeutschland repräsentieren hochgerechnet rund 24 Millionen Frauen. Davon waren im Jahr 1989 9,7 Mill. erwerbstätig, 6,5 Mill. nicht erwerbstätig und 7,6 Mill. Rentnerinnen. Fast alle 1989 nicht erwerbstätigen Frauen waren früher einmal berufstätig (über 90 vH). Von diesen Frauen äußerten rund 2,5 Mill., das sind etwa 40 vH, daß sie künftig wieder erwerbstätig sein wollen: Ein gutes Fünftel (520 000 Frauen) wollte möglichst sofort einen neuen Arbeitsplatz einnehmen, eine

etwas kleinere Gruppe — rund 420 000 Frauen — wollte innerhalb des kommenden Jahres in die Erwerbstätigkeit zurückkehren. Mehr als eine Million Frauen streben die Berufsrückkehr in zwei bis fünf Jahren an.

Diese Frauen können in zwei Gruppen unterteilt werden³, zum einen in die potentiellen Berufsrückkehrerinnen, die als Grund für die (letzte) Unterbrechung der Erwerbstätigkeit Heirat, Kindererziehung oder Pflege von Familienangehörigen genannt haben (potentielle Berufsrückkehrerinnen im engeren Sinne), und zum anderen in

¹ Vgl. Projektgruppe „Panel“; Das Sozio-oekonomische Panel im Jahre 1990/91, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/4, 1991, S. 146-155.

² Wegen der besonderen Situation ausländischer Frauen in der Bundesrepublik erscheint es angemessen, die Analyse auf deutsche Frauen zu beschränken.

³ Der Begriff „Berufsrückkehrerinnen“ ist insofern ungenau, als Frauen nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nicht immer in den zuvor ausgeübten Beruf zurückkehren, dies auch nicht immer wollen (vgl. dazu Ingrid Ambos, Swantje Gertner, Christiane Schiersmann: Zur Situation von Berufsrückkehrerinnen. Eine Übersicht über neuere Forschungsergebnisse und Möglichkeiten der Förderung der beruflichen Wiedereingliederung. In: Frauenforschung, 1-2/1989, S. 5 ff.).

diejenigen Frauen, bei denen nach eigenen Angaben andere Gründe für die Berufsunterbrechung vorherrschten (potentielle Berufsrückkehrerinnen im weiteren Sinne).

Frauen mit einer familienbedingten Unterbrechung

Fast 60 vH der Frauen (hochgerechnet rund 1,5 Mill.), die wieder erwerbstätig werden wollten, nannten eindeutig familienbezogene Gründe für die Aufgabe der letzten Stelle: Heirat, Kindererziehung oder die Betreuung pflegebedürftiger Personen. Auch bei den Frauen, die andere Gründe genannt haben, können familiäre Faktoren für die Aufgabe der letzten Stelle von Bedeutung gewesen sein, sie wurden aber nicht explizit genannt.

Von den rund 1,5 Mill. Frauen, die aus einer „Familienphase“ wieder in die Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen, möchten rund 210 000 sofort eine Arbeit aufnehmen, weitere rund 200 000 im Laufe des nächsten Jahres (vgl. Tabelle 1). Gut zwei Drittel der potentiellen Berufsrückkehrerinnen mit familienbedingter Unterbrechung sind unter 40 Jahre alt, jeweils rund 40 vH haben ein Kind

bzw. zwei Kinder, gut 20 vH haben drei und mehr Kinder (vgl. Tabelle 2). Über 87 vH (das sind hochgerechnet 1,3 Mill. Frauen) sind an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert, lediglich 2 vH suchen explizit eine Vollzeitbeschäftigung.

Die berufliche Qualifikation der potentiellen Berufsrückkehrerinnen i.e.S. ist gut: Vier Fünftel verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, darunter ein Siebtel mit einer beruflichen Ausbildung, die über dem Niveau einer Lehrausbildung bzw. vergleichbaren schulischen Berufsausbildung liegt (vgl. Tabelle 3). Ihre berufliche Qualifikation ist nach diesen Ergebnissen in allen Altersgruppen deutlich besser als jene der gleichaltrigen Frauen im Bundesdurchschnitt⁴. Lediglich Frauen mit einer abgeschlossenen akademischen Ausbildung sind unterrepräsentiert; dies dürfte auf die geringere Neigung hochqualifizierter Frauen zurückzuführen sein, die Erwerbstätigkeit für familiäre Aufgaben zu unterbrechen.

⁴ Vergleich mit den Ergebnissen des Mikrozensus 1989. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1990/91.

Tabelle 1

Zeitpunkt und Umfang der angestrebten Erwerbstätigkeit rückkehrwilliger Frauen

	Rückkehrwillige Frauen ¹⁾			
	Insgesamt	Frauen mit einer „Familienphase“ ²⁾	Übrige Frauen ³⁾	
			nicht arbeitslos gemeldet	arbeitslos gemeldet
Zeitpunkt	Struktur in vH			
Möglichst sofort	20,5	14,5	14,1	50,8
Im nächsten Jahr	16,4	13,0	18,5	25,1
In 2 bis 5 Jahren	42,4	50,0	47,8	8,5
In mehr als 5 Jahren	18,6	22,5	19,7	3,5
Keine Angabe	2,1	0,0	0,0	12,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Umfang				
Vollzeitbeschäftigung	10,0	1,7	10,3	37,6
Teilzeitbeschäftigung	74,8	87,3	67,2	43,2
Beides recht	9,2	5,3	11,3	19,2
Weiß noch nicht	6,1	5,7	11,2	0,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Insgesamt in 1000 Personen	2 531,6	1 477,5	622,2	431,9

¹⁾ Frauen, die nach einer Erwerbsphase zum Zeitpunkt der letzten Befragung nicht erwerbstätig waren, aber wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen. — ²⁾ Frauen, die ihre letzte Berufstätigkeit aufgrund einer Heirat, der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aufgegeben haben. — ³⁾ Frauen, die keine familienbedingten Gründe für die Unterbrechung der letzten Berufstätigkeit angegeben haben.

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel (West); deutsche Frauen, die kontinuierlich an den ersten sechs Befragungswellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben.

Tabelle 2

Alter und Zahl der Kinder von rückkehrwilligen Frauen

	Rückkehrwillige Frauen ¹⁾			
	Insgesamt	Frauen mit einer „Familienphase“ ²⁾	Übrige Frauen ³⁾ nicht arbeitslos gemeldet	arbeitslos gemeldet
Alter	Struktur in vH			
Unter 30 Jahre	26,1	23,0	33,8	25,6
30 bis unter 40	39,5	44,7	40,5	20,4
40 bis unter 50	23,4	26,4	20,2	17,7
50 Jahre u. älter	11,0	5,9	5,5	36,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Zahl der Kinder				
Kein Kind	10,5	0,9	20,3	29,3
Ein Kind	36,6	42,2	36,5	17,4
Zwei Kinder	32,4	36,3	25,0	29,4
Drei und mehr Kinder	20,1	20,5	18,2	21,8
Keine Angabe	0,5	0,1	0,0	2,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Insgesamt in 1000 Personen	2 531,6	1 477,5	622,2	431,9
¹⁾ Frauen, die nach einer Erwerbsphase zum Zeitpunkt der letzten Befragung nicht erwerbstätig waren, aber wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen. — ²⁾ Frauen, die ihre letzte Berufstätigkeit aufgrund einer Heirat, der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aufgegeben haben. — ³⁾ Frauen, die keine familienbedingten Gründe für die Unterbrechung der letzten Berufstätigkeit angegeben haben. <i>Quelle:</i> Sozio-Ökonomisches Panel (West); deutsche Frauen, die kontinuierlich an den ersten sechs Befragungswellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben.				

Die Stellung im Beruf, die potentielle Berufsrückkehrerinnen i.e.S. zuletzt innehatten, unterscheidet sich in ihrer Struktur kaum von der erwerbstätiger Frauen⁵. Rund 60 vH waren vor ihrer (letzten) Berufsunterbrechung als Angestellte tätig, 30 vH (und damit etwas mehr als der Durchschnitt aller Frauen) als Arbeiterinnen, 4 vH als Beamtinnen (vgl. Tabelle 4). Selbständige und mithelfende Familienangehörige sind unter den potentiellen Berufsrückkehrerinnen i.e.S. — anders als bei den erwerbstätigen Frauen — kaum vertreten; vermutlich können sie leichter als andere Frauen Beruf und Familie nach Bedarf miteinander vereinbaren, geben die Berufstätigkeit also seltener auf. Auch die zuletzt ausgeübten beruflichen Tätigkeiten der Frauen mit einer familienbedingten Unterbrechung entsprechen in ihrer Struktur der Frauenerwerbstätigkeit allgemein: Ein gutes Viertel war in Büroberufen tätig, etwa je ein Sechstel im Handel bzw. in anderen Dienstleistungsberufen (vgl. Tabelle 5).

Potentielle Berufsrückkehrerinnen i.e.S. schätzen ihre Chancen, eine geeignete Stelle zu finden, überwiegend skeptisch ein: Nur gut ein Fünftel glaubt, daß dies leicht

sein wird, zwei Drittel halten dies für schwierig, etwa jede achte Frau für praktisch unmöglich (vgl. Tabelle 6). Besonders positiv sehen ihre Arbeitsmarktchancen die jüngeren, gut qualifizierten Frauen in einer Familienphase, die wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, und Beamtinnen, die zumeist einen Rechtsanspruch auf Rückkehr an den Arbeitsplatz haben.

Frauen mit anderen Unterbrechungsgründen

Unter den 2,5 Mill. Frauen, die zur Zeit nicht erwerbstätig sind, aber den Wunsch haben, wieder erwerbstätig zu werden, haben rund 40 vH (1,1 Mill.) keine familienbedingten Unterbrechungsgründe aufgeführt. Von diesen Frauen waren zum Zeitpunkt des Rückkehrwunsches rund

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim (Hrsg.): Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1989.

Tabelle 3

Schul- und Berufsausbildung von rückkehrwilligen Frauen

	Rückkehrwillige Frauen ¹⁾			
	Insgesamt	Frauen mit einer „Familienphase“ ²⁾	Übrige Frauen ³⁾ nicht arbeitslos gemeldet	arbeitslos gemeldet
Schulbildung	Struktur in vH			
Kein Abschluß	1,1	0,4	3,4	0,3
Hauptschule u.a.	55,4	56,6	48,5	61,0
Realschule	26,4	26,5	22,9	30,9
(Fach-)Hochschulreife	16,8	16,3	24,4	7,7
Keine Angabe	0,3	0,3	0,7	0,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Berufsausbildung				
Keine Ausbildung	21,8	18,6	29,5	21,5
Lehre	64,3	66,6	56,2	68,4
Fachschule	6,6	6,9	7,7	4,0
Hochschule	5,9	6,5	6,2	3,0
Keine Angabe	1,5	1,4	0,5	3,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Insgesamt in 1000 Personen	2 531,6	1 477,5	622,2	431,9

¹⁾ Frauen, die nach einer Erwerbsphase zum Zeitpunkt der letzten Befragung nicht erwerbstätig waren, aber wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen. — ²⁾ Frauen, die ihre letzte Berufstätigkeit aufgrund einer Heirat, der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aufgegeben haben. — ³⁾ Frauen, die keine familienbedingten Gründe für die Unterbrechung der letzten Berufstätigkeit angegeben haben.

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel (West); deutsche Frauen, die kontinuierlich an den ersten sechs Befragungswellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben.

40 vH arbeitslos gemeldet. Als Gründe für die Aufgabe der letzten Erwerbstätigkeit nennt gut ein Fünftel dieser arbeitslos gemeldeten Frauen den Konkurs des Unternehmens oder Rationalisierungen innerhalb des Unternehmens. Jede achte Frau hat als Grund für die Aufgabe ihrer Erwerbstätigkeit Ärger mit dem Vorgesetzten angegeben. Fast ebenso viele Frauen mußten aus gesundheitlichen Gründen ihre Stelle aufgeben. 40 vH haben die Gründe für die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nicht weiter spezifiziert. Im Vergleich zu den Frauen mit familienbedingten Unterbrechungsgründen gaben diese Frauen viermal häufiger an, daß sie ihre letzte Stelle aufgrund einer Kündigung durch den Arbeitgeber verloren haben. Es ist zu vermuten, daß gerade diejenigen Frauen, die ihren Arbeitsplatz nicht aus eigenem Entschluß aufgegeben haben und sich arbeitslos gemeldet haben, keine Berufsrückkehrerinnen sind. Dafür spricht auch, daß über die Hälfte der rund 430 000 arbeitslos gemeldeten Frauen möglichst sofort wieder arbeiten möchte und etwa 40 vH eine Vollzeitbeschäftigung wünschen, während von den übrigen gut

620 000 rückkehrwilligen Frauen, die keine familienbedingten Unterbrechungsgründe angegeben haben, lediglich jede siebte Frau gleich wieder anfangen möchte zu arbeiten und auch nur jede zehnte eine Vollzeitstätigkeit sucht (vgl. Tabelle 1). Diese arbeitslos gemeldeten Frauen sind im Vergleich zu den übrigen rückkehrwilligen Frauen älter (ein Drittel ist 50 Jahre und älter) und haben häufig bereits ältere Kinder (weit über die Hälfte der Kinder ist bereits volljährig). Hinzu kommt, daß viele der arbeitslos gemeldeten Frauen erst im vorangegangenen Jahr ihre Stelle verloren haben und somit familiäre Gründe kaum ausschlaggebend gewesen sein dürften.

Bei den reichlich 600 000 nicht arbeitslos gemeldeten rückkehrwilligen Frauen, die keine familienbedingten Unterbrechungsgründe genannt hatten, waren die Gründe für die Erwerbsunterbrechung sehr vielfältig. Etwa jede sechste Frau hatte Ärger mit den Vorgesetzten, weitere 15 vH wollten sich beruflich verändern oder eine Fort- bzw. Ausbildung absolvieren. Bei den Angaben überwiegen je-

Tabelle 4

Status der letzten beruflichen Tätigkeit von rückkehrwilligen Frauen

Stellung im Beruf	Rückkehrwillige Frauen ¹⁾			
	Insgesamt	Frauen mit einer „Familienphase“ ²⁾	Übrige Frauen ³⁾ nicht arbeitslos gemeldet	arbeitslos gemeldet
Struktur in vH				
Un-/angel. Arbeiterin	22,6	22,2	24,9	20,9
Facharbeiterin	7,2	6,6	2,7	15,6
Meisterin	0,7	1,2	0,0	0,0
Selbständ./Mithelf.	4,7	3,9	4,7	7,4
Auszubildende	2,9	1,2	5,5	5,1
Einfache Angestellte	25,0	23,4	27,2	27,2
Qualifiz. Angestellte	29,6	34,8	23,2	21,1
Hochqualif. Angestellte	2,0	2,2	2,0	1,4
Beamtin mittl. Dienst	1,4	1,6	2,0	0,0
Beamtin gehob. Dienst	1,0	0,7	2,5	0,0
Beamtin höher. Dienst	1,0	1,7	0,0	0,0
Keine Angaben	1,8	0,5	5,4	1,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Insgesamt in 1000 Personen	2 531,6	1 477,5	622,2	431,9
¹⁾ Frauen, die nach einer Erwerbsphase zum Zeitpunkt der letzten Befragung nicht erwerbstätig waren, aber wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen. — ²⁾ Frauen, die ihre letzte Berufstätigkeit aufgrund einer Heirat, der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aufgegeben haben. — ³⁾ Frauen, die keine familienbedingten Gründe für die Unterbrechung der letzten Berufstätigkeit angegeben haben. <i>Quelle:</i> Sozio-Ökonomisches Panel (West); deutsche Frauen, die kontinuierlich an den ersten sechs Befragungswellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben.				

doch mit 30 vH die nicht weiter spezifizierten sonstigen Gründe. Ein Grund könnte sein, daß eine gewünschte Teilzeitbeschäftigung im Betrieb nicht zu realisieren war und deshalb Beruf und Familie nicht mehr vereinbar waren. Im Vergleich zu den anderen rückkehrwilligen Frauen waren diese Frauen weniger zufrieden mit der ihnen verbleibenden Freizeit und den Tätigkeiten im Haushalt. Rund 80 vH dieser Frauen waren Mütter (vgl. Tabelle 2), die allerdings die Kinderbetreuung nicht explizit als Unterbrechungsgrund genannt haben. Im Vergleich zu den Berufsrückkehrerinnen i.e.S. ist diese Gruppe rückkehrwilliger Frauen jünger (nur jede vierte Frau ist älter als 40 Jahre) und hat weniger zweite und dritte Kinder. Wenn sie zweite oder dritte Kinder haben, so sind diese im Durchschnitt jünger. Auch diese Frauen wollen — wie die potentiellen Berufsrückkehrerinnen i.e.S. — überwiegend eine Teilzeitbeschäftigung aufnehmen, rund die Hälfte in zwei bis fünf Jahren, ein weiteres Fünftel plant die Rückkehr für einen späteren Zeitpunkt (vgl. Tabelle 1). Auch dies spricht dafür, daß hier ebenfalls familienbedingte Gründe für die Berufsunterbrechung eine Rolle gespielt haben.

Rückkehrwillige Frauen, die nicht arbeitslos gemeldet sind, weisen im Vergleich zu den potentiellen Berufsrückkehrerinnen i.e.S. eine etwas andere Ausbildungsstruktur

auf: Zwar haben diese Frauen häufiger die (Fach-)Hochschulreife erworben (etwa 25 vH gegenüber 16 vH), aber der Anteil der Frauen, die anschließend auch eine Fachhochschule bzw. Hochschule besucht haben, ist mit gut 6 vH fast genauso hoch wie bei den Frauen, die aus familienbedingten Gründen ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben (vgl. Tabelle 3). Deutlich höher ist hingegen mit fast 30 vH der Anteil der Frauen, die (noch) keine Ausbildung abgeschlossen haben. Auch der Anteil der Frauen, die bei der letzten Beschäftigung als un- bzw. angelernte Arbeiterinnen tätig waren, ist etwas höher; qualifizierte Angestellte sind hingegen weniger häufig vertreten (vgl. Tabelle 4).

Die letzten ausgeübten Tätigkeiten unterscheiden sich in ihrer Struktur nur wenig von derjenigen der Frauen mit familienbedingten Unterbrechungsgründen. Hier kommt erneut zum Ausdruck, daß sich die Frauenerwerbstätigkeit immer noch auf einige Berufe konzentriert. Eine große Gruppe stellen auch hier die Büroberufe, Handels- und Dienstleistungsberufe dar, obwohl sie etwas schwächer vertreten sind als bei den potentiellen Berufsrückkehrerinnen i.e.S.; Lehrerinnen und Journalistinnen/Künstlerinnen sind dagegen etwas stärker vertreten (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5

Letzte ausgeübte Tätigkeit von rückkehrwilligen Frauen

Tätigkeit	Rückkehrwillige Frauen ¹⁾			
	Insgesamt	Frauen mit einer „Familienphase“ ²⁾	Übrige Frauen ³⁾ nicht arbeitslos gemeldet	arbeitslos gemeldet
Struktur in vH				
Techn. Fachkräfte	3,8	4,7	2,6	2,4
Pflege/ med. Berufe	5,1	4,3	3,1	10,6
Lehrerinnen	5,1	4,2	7,8	4,3
Journalisten, Künstler	4,1	3,0	7,7	2,9
Büroberufe	22,8	25,8	22,9	12,6
Handelsberufe	13,5	13,7	11,8	15,6
Dienstleistungen	15,6	15,9	16,2	13,4
Textilberufe	3,8	2,4	2,4	10,5
Klass. Männerberufe	3,5	3,2	2,2	6,5
Sonstige	22,6	22,8	23,3	21,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Insgesamt in 1000 Personen	2 531,6	1 477,5	622,2	431,9

¹⁾ Frauen, die nach einer Erwerbsphase zum Zeitpunkt der letzten Befragung nicht erwerbstätig waren, aber wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen. — ²⁾ Frauen, die ihre letzte Berufstätigkeit aufgrund einer Heirat, der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aufgegeben haben. — ³⁾ Frauen, die keine familienbedingten Gründe für die Unterbrechung der letzten Berufstätigkeit angegeben haben.

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel (West); deutsche Frauen, die kontinuierlich an den ersten sechs Befragungswellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben.

Tabelle 6

Einschätzung der Arbeitsmarktchancen von rückkehrwilligen Frauen

Eine geeignete Stelle zu finden wäre ...	Rückkehrwillige Frauen ¹⁾			
	Insgesamt	Frauen mit einer „Familienphase“ ²⁾	Übrige Frauen ³⁾ nicht arbeitslos gemeldet	arbeitslos gemeldet
Struktur in vH				
... leicht	19,0	22,8	21,7	2,1
... schwierig	62,9	63,2	61,2	64,3
... prakt. unmöglich	16,8	12,8	14,5	33,5
Keine Angabe	1,4	1,3	2,7	0,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Insgesamt in 1000 Personen	2 531,6	1 477,5	622,2	431,9

¹⁾ Frauen, die nach einer Erwerbsphase zum Zeitpunkt der letzten Befragung nicht erwerbstätig waren, aber wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen. — ²⁾ Frauen, die ihre letzte Berufstätigkeit aufgrund einer Heirat, der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aufgegeben haben. — ³⁾ Frauen, die keine familienbedingten Gründe für die Unterbrechung der letzten Berufstätigkeit angegeben haben.

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel (West); deutsche Frauen, die kontinuierlich an den ersten sechs Befragungswellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben.

Beschäftigungschancen für Berufsrückkehrerinnen

Die Suche nach einer neuen Arbeitsstelle ist für Berufsrückkehrerinnen angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit auch in Westdeutschland schwierig. Frauen sind von Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Männer, und durch die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit sind die Probleme von Frauen, die einen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben planen, nochmals größer. Sie haben insbesondere bei langen Unterbrechungszeiten zumindest teilweise früher erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten verlernt. Ihre Qualifikation ist durch die technische Entwicklung, veränderte Tätigkeitsprofile und Arbeitsplatzanforderungen nur noch bedingt verwertbar⁶. Die familiäre Zuständigkeit der Frauen besteht häufig auch nach der erneuten Berufsaufnahme weiter und läßt für viele Berufsrückkehrerinnen nur eine Teilzeitbeschäftigung zu. Das Angebot an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen ist jedoch wesentlich geringer als die Nachfrage; für die Berufsrückkehrerinnen ist daher das Fehlen solcher Arbeitsplätze einer der Hauptgründe für Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung⁷. Verschärft wird dies durch das schwächere Wachstum des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen seit Mitte der 70er Jahre sowie durch die Zunahme von Unterschieden zwischen Arbeitsplatzangeboten und Beschäftigungswünschen hinsichtlich Lage und Dauer der Arbeitszeit⁸.

Obwohl die Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern anhaltend hoch ist, verstärkten sich in den letzten Jahren die Klagen aus Kreisen der Wirtschaft über „Fachkräftemangel“. Verschiedene Untersuchungen sind der Frage nachgegangen, in welchem Ausmaß die betriebliche Arbeitskräftenachfrage nicht befriedigt werden konnte. Übereinstimmend zeigen diese Untersuchungen, daß es — jedenfalls Ende der 80er Jahre — Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben hat, die unter den gegebenen Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht in Mehrbeschäftigung umgesetzt werden konnten⁹. Insbesondere Kleinbetriebe gaben an, daß Arbeitsplätze wegen der Schwierigkeiten bei der Personalbeschaffung nicht besetzt werden konnten.

Diese Schwierigkeiten sind — wenn man Betriebe aller Größen betrachtet — bei der Besetzung von offenen Stellen für Facharbeiter, für die zumeist männliche Arbeitskräfte gesucht werden, deutlich größer als bei der Suche nach qualifizierten Angestellten. Diesen ausgeprägten Unterschied gibt es bei Kleinbetrieben nicht¹⁰. Zu berücksichtigen ist dabei, daß ein kleinerer Teil dieser Arbeitsplätze offensichtlich nicht „marktgerecht“ war, d.h. wegen zu geringer Löhne und/oder zu schlechter Arbeitsbedingungen nicht besetzt werden konnte¹¹. Dennoch lassen diese Befunde den Schluß zu, daß es — zumindest Ende der 80er Jahre — zusätzliche, nicht genutzte Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen gegeben hat, für die von den Qualifikationsanforderungen her auch Berufsrückkehrerinnen in Frage gekommen wären.

Mit dem Zustrom von Arbeitskräften aus Ostdeutschland nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze sind die Schwierigkeiten der Betriebe, geeignetes Personal zu finden, sicherlich vor allem im Pendlerbereich geringer geworden; so hatte sich in Berlin beispielsweise der ungedeckte Bedarf an Fachkräften im Frühjahr 1991 im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich verringert¹². Ende 1991 arbeiteten schätzungsweise 450 000 Personen aus den neuen Bundesländern als Pendler in den alten Bundesländern, nur ein Viertel davon waren Frauen¹³. Deshalb kann vermutet werden, daß — vor allem in Kleinbetrieben — noch immer ungenutzte Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen bestehen¹⁴. Hierauf deutet auch eine Anfang 1991 vom IAB durchgeführte Betriebsbefragung hin¹⁵. Rund die Hälfte der befragten Betriebe plante, in den nächsten zwei Jahren die Belegschaft zu vergrößern. Eine Aufstockung der Zahl der Mitarbeiterinnen wurde dabei überdurchschnittlich häufig von bereits in den vergangenen fünf Jahren expandierenden Betrieben mit einem hohen Frauenanteil — insbesondere im Dienstleistungsbereich — er-

⁶ Zur besonderen Kumulation von Nachteilen bei Berufsrückkehrerinnen, vgl. Karin Gottschall und Jürgen Müller: Frauen auf dem Arbeitsmarkt — wachsende Risiken oder neue Chancen? In: Soziale Welt, Sonderband 5/1987, S. 269 f.; Ellen Sessar-Karpp: Berufsbezogene Bildungsangebote für Frauen nach der Familienphase. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Band 197, Stuttgart 1987; Eva Bujok unter Mitarbeit von Helmut Kuwan: Die Bedeutung von Weiterbildung für Frauen beim zweiten Berufseinstieg. Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft, Bd. 64, Bad Honnef 1988.

⁷ Vgl. Gerhard Engelbrech: Erfahrungen von Frauen an der „dritten Schwelle“. Schwierigkeiten bei der beruflichen Wiedereingliederung aus Sicht der Frauen. In: MittAB 1/1989, S. 109.

⁸ Vgl. z.B. Walter Dittrich, Gerhard Fuchs, Margarete Landenberger, Dieter Rucht: Staatliche Teilzeitförderung in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst: Regelungen, Interessen, Wirkungen. In: MittAB 2/1989, S. 179 ff.

⁹ Vgl. Lutz Reyher, Eugen Spitznagel, Gerhard Kretschmer: Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. Umfang, Struktur und Besetzungsprobleme. In: MittAB 3/1990, S. 347 ff.; Ulrich Cramer: Probleme bei der Besetzung von offenen Stellen. Ergebnisse einer Betriebsbefragung. In: MittAB 2/1990, S. 246 ff.; Bernhard von Rosenblatt: Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit. Wann und wie wird Arbeitskräftenachfrage beschäftigungswirksam? In: MittAB 3/1990, S. 373 ff.

¹⁰ Vgl. Rosenblatt, a.a.O., S. 377 f.

¹¹ Vgl. Cramer, a.a.O., S. 253 ff.

¹² Anhaltend hohe Investitionsausgaben des West-Berliner verarbeitenden Gewerbes. Bearb.: Ingo Pfeiffer. In: Wochenbericht des DIW 29/1991, S. 419.

¹³ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Presse-Informationen vom 6.11.1991 und 30.09.1991.

¹⁴ Vgl. dazu auch Friedrich Buttler, Ulrich Cramer: Entwicklung und Ursachen von mis-match-Arbeitslosigkeit in Westdeutschland. In: MittAB 3/1991, S. 483 ff.; Jürgen Kühl: Arbeitsmarktpolitik unter Druck: Arbeitsplatzdefizite und Kräftemangel im Westen, Beschäftigungskatastrophe im Osten. In: Bernhard Blanke, Hellmut Wollmann (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Leviathan, Sonderheft 12/1991.

¹⁵ Vgl. Gerhard Engelbrech und Hermine Kraft: Sind Frauen das zukünftige Innovationspotential? In: MittAB 1/1992, S. 13 ff.

wartet. Im Handel, in dem ein Drittel der im tertiären Bereich tätigen Frauen beschäftigt ist, wird darüber hinaus nach diesen Ergebnissen der qualitativen Personalentwicklung ein höherer Stellenwert zukommen.

Als besondere Vorteile der Beschäftigung von Berufsrückkehrerinnen nennen Arbeitgeber oft ihre überdurchschnittliche Motivation, ihren positiven Beitrag zum Betriebsklima und ihre besondere Betriebstreue. Darüber hinaus werden im Rahmen der familiären Tätigkeit bestimmte „Schlüsselqualifikationen“ (z.B. Kooperationsfähigkeit, Organisationstalent) erworben bzw. weiterentwickelt. Solche Qualifikationen sind — wenn auch in verschiedenen Berufen in unterschiedlichem Maße — für die berufliche Tätigkeit von großer Bedeutung. Sie müssen sich allerdings verbinden mit beruflichen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kenntnissen. Während bei den Schlüsselqualifikationen für die meisten Berufsrückkehrerinnen ein Qualifikationszuwachs in der Familienphase unterstellt werden kann, tritt in bezug auf die beruflichen Qualifikationen, auch durch die technischen Entwicklungen, vielfach eine Entwertung ein. Mit zunehmender Dauer der Unterbrechung der Berufstätigkeit nimmt daher die Notwendigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen für Berufsrückkehrerinnen zu.

In diesen Zusammenhang ordnet sich das Modellprogramm des Bundesministeriums für Frauen und Jugend ein, das seit 1990 zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase durchgeführt wird¹⁶. Ziel dieses Modellprogramms ist es, Berufsrückkehrerinnen durch die Gewährung von Einarbeitungszuschüssen an Arbeitgeber wieder in das Erwerbsleben zu integrieren. Diese Einarbeitungszuschüsse haben dabei die Funktion, die vom Arbeitgeber erwarteten Nachteile der Beschäftigung von Berufsrückkehrerinnen auszugleichen, insbesondere die wegen der Berufsunterbrechung länger als üblich dauernde Einarbeitung und Qualifizierung.

Ein Großteil der rückkehrwilligen Frauen möchte in eine Teilzeitarbeit zurückkehren. Nach kürzlich vorgelegten Ergebnissen arbeiten rund 15 vH aller Beschäftigten in Teilzeitarbeit¹⁷ — insbesondere im Dienstleistungsbereich und in den Kleinbetrieben sind es erheblich mehr. Dafür spielt auch eine Rolle, daß in Kleinbetrieben für bestimmte Aufgaben häufiger kein Bedarf an Vollzeitkräften besteht. Im internationalen Vergleich zeigt sich, daß die Bundesrepublik bei der Teilzeitbeschäftigung hinter dem Durchschnitt anderer Industriestaaten zurückbleibt; dies ist ein Hinweis auf ungenutzte Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung¹⁸. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die auf nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten qualifizierter Teilzeitbeschäftigung in den Unternehmen hinweisen¹⁹. Angesichts des ausgeprägten Wunsches der Berufsrückkehrerinnen nach einer qualifizierten Teilzeitbeschäftigung liegt hier ein weiterer Ansatzpunkt, das Fachkräftpotential der Berufsrückkehrerinnen für die Wirtschaft zu erschließen.

¹⁶ Das Modellprogramm wird im Bereich der kaufmännisch-verwaltenden, der gewerblich-technischen und der sonstigen Berufe vom DIW wissenschaftlich begleitet. Erste Ergebnisse werden in Kürze im DIW-Wochenbericht veröffentlicht.

¹⁷ Vgl. Herman Groß, Frank Stille, Cornelia Thoben unter Mitarbeit von Frank Bauer: Arbeitszeiten und Betriebszeiten 1990. Ergebnisse einer aktuellen Betriebsbefragung zu Arbeitszeitformen und Betriebszeiten in der Bundesrepublik Deutschland durch das Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Köln, in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Köln, Berlin 1991.

¹⁸ Vgl. Walter Dittrich et. al., a.a.O., S. 284 ff.

¹⁹ Vgl. z.B. Harald Bielski, Friedhart Hegner (Hrsg.): Flexible Arbeitszeiten. Erfahrungen aus der Praxis. Schriftenreihe Humanisierung des Arbeitslebens, Bd. 68, Frankfurt/Main, 1985; Bernhard Teriet: Die Teilzeitarbeit — ein unbewältigtes Managementproblem? In: Arbeit und Sozialpolitik, 11/1979, S. 396 ff.

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Berlin

Steigende Einwohnerzahlen und wachsende wirtschaftliche Aktivitäten in Berlin und im angrenzenden Umland führen voraussichtlich zu einer Verschärfung des Konflikts um die Nutzung von Flächen; davon wird auch die Versorgung mit Trinkwasser und die Beseitigung von Abwasser betroffen sein. Engpässe in der Versorgung der Stadt mit Trinkwasser, auch wegen möglicher Einschränkung der Wasserzufuhr aus dem Luisenpark-Braunkohlenrevier, sind künftig trotz der bisher vergleichsweise günstigen natürlichen hydrologischen Voraussetzungen nicht auszuschließen. Außerdem könnte die Wassergüte langfristig durch Kontamination im Zusammenhang mit Altlasten beeinträchtigt werden. Um dem zu begegnen, müßten schon heute Maßnahmen eingeleitet werden. Sie sollten vor allem auf eine Senkung des Verbrauchs von Haushalts- und Kleingewerbekunden, eine Verminderung der Eigenentnahmen von Grundwasser durch die Industrie, eine Rückführung von Baustellenwasser sowie eine Erhaltung und einen Ausbau der Wassergewinnungsstandorte ausgerichtet sein. Mit dem Zusammenschluß der Berliner Wasser-Betriebe (BWB) und der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB) sind die Möglichkeiten, diese Ziele zu erreichen, besser geworden. Zusätzlich sind flankierende Maßnahmen durch die Landespolitik von Berlin und Brandenburg erforderlich, um die wasserwirtschaftliche Ver- und Entsorgung Berlins und seines Umlandes langfristig zu sichern.

Trinkwasserversorgung

Mit dem Zusammenschluß der Berliner Wasser-Betriebe (BWB) und der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB) ist nach mehr als vierzigjähriger Teilung auch die Trinkwasserversorgung von Berlin unternehmerisch wieder in einer Hand. Damit wurde eine Entwicklung beendet, die im März 1949 mit der Spaltung der Stadt begonnen hatte. Der Ostteil der Stadt besaß damals für seine rund 1,2 Mill. Einwohner mit einer maximalen Tagesleistung von rund 700 000 m³ eine komfortable Versorgungsbasis. Für die 2,1 Mill. Einwohner in den Westbezirken stand dagegen nur eine Förderkapazität von 500 000 m³/Tag zur Verfügung. Daher lag hier der Schwerpunkt im Ausbau und Neubau von Gewinnungsanlagen. Im Jahre 1978 wurde eine Kapazität von 1,14 Mill. m³/Tag erreicht, die bis heute unverändert besteht.

Da sich der Westteil Berlins praktisch ausschließlich aus seinen eigenen Wasserressourcen versorgen mußte, sind frühzeitig technische Maßnahmen zur Stabilisierung des Verhältnisses von Grundwasserentnahme zu -neubildung ergriffen worden. Dazu zählten in erster Linie die Versickerung erheblicher Mengen gereinigten Oberflächenwassers (z.Z. etwa 50 Mill. m³/a) über künstliche Versickerungsflächen sowie die Rückspeisung großer Teile des bei Bauvorhaben abgepumpten Grundwassers in den Untergrund.

In diesem Zusammenhang ist auch die enge Zusammenarbeit zwischen den Berliner Wasserwerken und den Berliner Entwässerungswerken zu sehen, die über mehrere Jahre zwar einer Geschäftsleitung unterstanden, aber erst Anfang 1988 in den Berliner Wasser-Betrieben fusionierten. Dies brachte nicht nur verwaltungstechnische Vorteile, sondern aufgrund der guten Abstimmung sämtlicher technischer Prozesse — von der Gewinnung, der Aufbereitung über die Verteilung bis zur Entsorgung — auch ökologische Synergieeffekte.

Im Ostteil der Stadt wurden schon 1964 der VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB) gegründet und die wasserwirtschaftlichen Aktivitäten organisatorisch zusammengefaßt. Die Trinkwassergewinnung stützte sich im wesentlichen auf vorhandene Anlagen, deren Kapazität in den vergangenen Jahrzehnten nur unwesentlich ausgeweitet wurde.

Nach dem Zusammenschluß beider Unternehmen aus dem Ost- und Westteil steht in Berlin heute eine Gewinnungskapazität von insgesamt 1,864 Mill. m³/Tag zur Verfügung. Sie verteilt sich wie folgt auf die Wasserwerke (Angaben in 1000 m³/Tag):

Westliches Versorgungsgebiet	1 140
— Tegel	370
— Beelitzhof	250
— Spandau	200
— Jungfernheide	150
— Tiefwerder	100
— Kladow	50
— Riemeisterfenn	20
Östliches Versorgungsgebiet	724
— Friedrichshagen	410
— Stolpe	110
— Wuhlheide	85
— Johannisthal	60
— Kaulsdorf	37
— Friedrichsfelde	10
— Köpenick	6
— Buch	6

Bezieht man diese Kapazitäten auf die durchschnittliche Tagesförderung, so errechnet sich für den Westteil eine mittlere Auslastung von weniger als 50 vH in den vergangenen Jahren; bei Verbrauchsspitzen waren es allerdings über 75 vH. Bei dem bisher höchsten Tagesverbrauch von

Betriebskennzahlen der Berliner Wasserversorgungsbetriebe

	Einheit	BWB ¹⁾			BWB ¹⁾	WAB ²⁾	BWB ¹⁾	WAB ²⁾	Berlin insgesamt
		1975	1980	1985	1990		1991*		
Wasserförderung	Mill. m ³	185	174	180	183	148	180	118	298
Rohrnetzlänge	km	4 373	4 455	4 488	4 488	3 141	4 490	3 152	7 642
Zahl der Hausanschlüsse	1000 Stück	135	141	146	150	86	150	86	236
Wasserverkauf	Mill. m ³	178	169	177	180	.	176	104	280
je Einwohner	l/Tag	232	231	259	233	.	223		223
Höchster Tagesverbrauch	1000 m ³ /Tag	1 012,3	740,5	882,2	874,0	592,9	853,2	433,2	.
Durchschn. Tagesförderung	1000 m ³ /Tag	506,9	475,0	492,5	502,2	411,7	493,2	322,2	815,4

* Vorläufige Angaben. — 1) Berliner Wasser-Betriebe (BWB). — 2) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB).

Quellen: Geschäftsberichte der Berliner Wasserwerke, lfd. Jahrgänge, ab 1988 Berliner Wasser-Betriebe (BWB), Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB).

1,035 Mill. m³ am 27. Juli 1983 wurden die Kapazitäten sogar zu mehr als 90 vH ausgelastet. Im ehemaligen Versorgungsgebiet der WAB war die durchschnittliche Auslastung deutlich höher. Dort war auch der Unterschied zwischen Spitzenlast und mittlerer Tagesförderung nicht so ausgeprägt wie im alten BWB-Gebiet. Ein Grund hierfür war die andere Kundenstruktur. So war der Anteil der Haushalte am Wasserverbrauch in den westlichen Bezirken um rund 10 Prozentpunkte höher als im Ostteil der Stadt. Mit dem tiefgreifenden ökonomischen Einbruch hat sich dort aber die Situation inzwischen wesentlich geändert. 1991 war die Wasserförderung um rund ein Fünftel niedriger als 1990, so daß die mittlere Auslastung der Anlagen auf knapp 45 vH fiel.

Abwasserentsorgung

Nach der Teilung der Stadt wurden im Westteil auch auf der Abwasserseite massive Anstrengungen unternommen, um möglichst unabhängig vom Umland zu werden. Wegen der ungünstigen Wasserführung der beiden Vorfluter Havel und Spree sowie wegen des Verlustes der Rieselfeldbetriebe (mit Ausnahme der Anlage Karolinenhöhe) konnte die Entsorgung dadurch befriedigend gelöst werden, daß die Kläranlagen Ruhleben und Marienfelde gebaut wurden. Da das Abwasserkanalsystem, anders als bei der Trinkwasserversorgung, das gesamte Stadtgebiet umfaßt und eine Trennung in einen Ost- und einen Westteil nicht durchführbar war, wurde Abwasser bis

Wasserverkauf nach Kundengruppen

	BWB ¹⁾				BWB ¹⁾	WAB ²⁾	Berlin insgesamt
	1975	1980	1985	1990	1991*		
	in Mill. m³						
Haushalte	109,0	107,9	116,5	118,3	117,1	58,3	175,4
Gewerbe- und Industriebetriebe	39,9	34,7	33,3	32,3	32,3	18,8	51,1
Öffentliche Betriebe ³⁾	29,4	26,5	27,2	29,2	26,8	27,1	53,9
Insgesamt	178,3	169,1	177,0	179,8	176,2	104,2	280,4
	in vH						
Haushalte	61,1	63,8	65,8	65,8	66,5	56,0	62,6
Gewerbe- und Industriebetriebe	22,4	20,5	18,8	18,0	18,3	18,0	18,2
Öffentliche Betriebe ³⁾	16,5	15,7	15,4	16,2	15,2	26,0	19,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

* Vorläufige Angaben. — 1) Berliner Wasser-Betriebe (BWB). — 2) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB). — 3) Sowie Land- und Forstwirtschaft, Land Berlin und sonstige Abnehmer.

Quellen: Geschäftsberichte der Berliner Wasserwerke, lfd. Jahrgänge, ab 1988 Berliner Wasser-Betriebe (BWB), Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB).

Kennzahlen der Entwässerungswerke in Berlin

	Einheit	BWB ¹⁾				BWB ¹⁾	WAB ²⁾	Berlin insgesamt
		1970	1980	1985	1990	1991*		
Abgerechnete Entwässerungsleistung	Mill. m ³	153	162	162	164	166	111	277
Kanallänge	km	4 638	5 011	5 097	5 169	5 187	3 273	8 460
davon: Schmutzwasser	km	1 931	2 093	2 130	2 166	2 176	1 346	3 522
Mischwasser	km	1 261	1 260	1 259	1 255	1 256	627	1 883
Regenwasser	km	1 378	1 590	1 641	1 680	1 687	1 300	2 987
Sonder-Nutzwasser	km	68	68	67	68	68	.	68
Druckrohrnetz	km	407	458	477	488	494	403	897
Pumpwerke	Anzahl	60	66	73	69	69	51	120
Klärwerke	Anzahl	1	2	2	2	3	5	8
Rieselfelder	Anzahl	1	1	1	1	1	.	1
Wasserreinigung insgesamt	Mill. m ³	175	175	170	166	166	151	317
davon: Klärwerk Ruhleben	Mill. m ³	27	29	51	91	89		89
Klärwerk Marienfelde	Mill. m ³	—	34	28	32	29		29
Klärwerk Stahnsdorf	Mill. m ³	—	—	—	—	14		14
Rieselfeld Karolinenhöhe	Mill. m ³	4	2	1	1	6		6
Berlin (Ost)	Mill. m ³	144	110	90	42	28		28
Klärwerk Schönerlinde ³⁾	Mill. m ³						58	58
Klärwerk Falkenberg	Mill. m ³						48	48
Klärwerk Waßmannsdorf ³⁾	Mill. m ³						26	26
Klärwerk Müncheshof	Mill. m ³						16	16
Klärwerk Adlershof	Mill. m ³						3	3

* Vorläufige Angaben. — 1) Berliner Wasser-Betriebe (BWB). — 2) Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB). — 3) Reinigen auch Abwasser, das von Pumpwerken der Berliner Wasser-Betriebe gefördert wurde.

Quellen: Geschäftsberichte der Berliner Entwässerungswerke, lfd. Jahrgänge, ab 1988 Berliner Wasser-Betriebe (BWB), Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin (WAB).

zuletzt an die WAB zur Reinigung geliefert. Allerdings konnten die Mengen deutlich reduziert werden, und zwar von 144 Mill. m³ im Jahre 1970 — 83 vH des damaligen Abwasseranfalls im Westen Berlins — auf 42 Mill. m³ im Jahre 1990, rund ein Viertel der betreffenden Menge in diesem Jahr. Parallel zum Ausbau der Kapazität der Abwasserreinigungsanlagen wurden die Reinigungsverfahren verbessert und die Klärwerke ab 1985 mit Anlagen zur Phosphatelimination ausgestattet. Außerdem wurde das Kanalnetz systematisch erweitert.

Die WAB verfügte für ihr Entsorgungsgebiet zunächst nur über die Klärwerke Stahnsdorf und Waßmannsdorf, errichtete dann aber zusätzlich die Werke Adlershof, Falkenberg, Müncheshof und Schönerlinde. Im Rahmen der Gewässergüteverhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wurde 1982 beschlossen, drei Klärwerke nahe Berlin — unter Beteiligung der Bundesrepublik an den Kosten — zu modernisieren.

Den Berliner Wasser-Betrieben, die aus dem Zusammenschluß beider Unternehmen hervorgegangen sind, stehen folgende Klärwerke zur Verfügung:

	Kapazität 1000 m ³ /Tag
Adlershof	12
Falkenberg	250
Marienfelde	100
Müncheshof	100
Ruhleben	240
Schönerlinde	250
Stahnsdorf	110
Waßmannsdorf	100
Insgesamt	1 162

Bei einem durchschnittlichen Abwasseraufkommen pro Tag von rund 955 600 m³ (1990) errechnet sich eine mittlere Auslastung von 82 vH.

Perspektiven

Mit der Einheit Deutschlands und der Öffnung Europas nach Osten haben sich auch die Funktionen der Stadt

grundlegend gewandelt¹. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß mittelfristig mit einer steigenden Einwohnerzahl und wachsenden wirtschaftlichen Aktivitäten in Berlin und im angrenzenden Umland zu rechnen ist, dürfte der Wasserverbrauch aufgrund des zunehmenden Einsatzes wassersparender Technik sowie veränderter Verbrauchsgewohnheiten — insbesondere im Ostteil der Stadt — nur wenig steigen.

Probleme versorgungswirtschaftlicher Art sind weniger von der Nachfrage-, als vielmehr von der Angebotsseite her zu erwarten. Kommt es zu einer Verschärfung des Konfliktes um die Nutzung von Flächen, so nimmt die Gefahr zu, daß das Wasserangebot durch die Bebauung von Freiflächen sinkt. Die zunehmende Flächenbeanspruchung durch Wohn-, Verwaltungs-, Industrie- und Verkehrsbauten führt zu einer weiteren Versiegelung offener Flächen². Bei steigender Besiedlungsdichte ist auch damit zu rechnen, daß die noch verbleibenden Freiflächen in der Stadt zusätzlich zu Freizeit Zwecken genutzt werden. Insgesamt gesehen kann wegen der Bebauung weniger Regenwasser versickern, und die Möglichkeiten der natürlichen Grundwasserbildung verschlechtern sich mengen- und qualitätsmäßig weiter.

Ein noch größeres Problem droht der Regenerierung des Grundwasservorrates mit dem *Ausfall von Wassermengen*, die bisher im Zusammenhang mit der Braunkohlengewinnung im Lausitzer Revier in die Spree gepumpt worden sind. Bis heute tragen sie wesentlich zur Auffüllung des Grundwassers im Berliner Raum bei. Jährlich sind ein bis zwei Milliarden m³ — 1990 rund 1,2 Mrd. m³ — Wasser der Spree zugeführt worden; es gibt Annahmen, daß die Spree in ihrem Unterlauf zeitweilig „mit einem Bilanzanteil von über 60 vH Grubenwasser in den Großraum Berlin“ einfließt³. Die drastische Einschränkung der Braunkohlenförderung hat schon zu einem Rückgang dieser Einleitungen geführt. Erst allmählich werden sich wieder natürliche hydrologische Verhältnisse durch das Wiederauffüllen des Absenkttrichters, der in rund 100 Jahren Tagebautätigkeit entstanden ist, einstellen. Das fehlende Grubenwasser und die Versickerungsverluste verursachen ein Wasserdefizit, das etwa vom Jahre 2000 an zu einem großen Problem für die Spree und damit auch für den Wasserhaushalt Berlins werden könnte⁴.

Neben den quantitativen bestehen aber auch qualitative Probleme für die künftige Trinkwasserversorgung. So gefährden *Altlasten* im Stadtgebiet von Berlin sowie in der weiteren Umgebung die Wassergüte. Allein im Westteil der Stadt sind rund 1 700 „Verdachtsflächen“ registriert; davon müssen in den nächsten 10 bis 15 Jahren mindestens 700 kontaminierte Grundstücke saniert werden⁵. Die Erfassung und Bewertung solcher Flächen steht in der östlichen Stadthälfte und im Land Brandenburg zwar erst am Anfang, doch wird schon jetzt für Ost-Berlin mit 111 und für das Land Brandenburg mit 3 361 Verdachtsflächen gerechnet⁶. Der Sanierungsbedarf und die Dringlichkeit

bei der Sanierung einzelner Flächen lassen sich zur Zeit noch nicht abschätzen.

Ein ähnliches Problem wie bei den Altlasten ergibt sich aus der *Müll- und Klärschlamm Entsorgung*. Diese konnte bisher nicht endgültig geregelt werden, weil das am 4. Februar 1992 vom gemeinsamen Regierungsausschuß der Länder Brandenburg und Berlin vorgelegte Konzept, mit dem die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft zwischen der Hauptstadt Berlin und dem Land Brandenburg geregelt werden soll, noch nicht verabschiedet worden ist; vor allem die Finanzierung der Sicherung und Sanierung von alten West-Berliner Mülldeponien im Land Brandenburg bleibt ungeklärt⁷. Bis zur Regelung der Müllentsorgung in beiden Ländern läßt sich das Entstehen „neuer“ Altlasten nicht ausschließen.

Künftiger Handlungsbedarf

Auch wenn die vorhandenen Kapazitäten selbst langfristig als ausreichend erscheinen, darf nicht übersehen werden, daß die angesprochenen Probleme die Trinkwasserversorgung in Berlin gefährden könnten. Um eine auch weiterhin hohe Wassergüte zu gewährleisten, ist eine umfassende Sanierung der Umwelt in dieser Region vor-

¹ Vgl. Ökonomische und demographische Perspektiven der Wirtschaftsregion Berlin. Bearb.: Uwe Müller und Ingo Pfeiffer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 27/1990.

² Vgl. Flächenbedarf der Industrie in Berlin. Bearb.: Alexander Eikelpasch und Ingo Pfeiffer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/1992 und Personenverkehr im Großraum Berlin: Verdoppelung des Pkw-Verkehrs nur bei sofortigem Handeln vermeidbar. Bearb.: Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/1992.

³ Vgl. Kurt Häge und Thomas von Schwarzenberg: Hydrologie in einer vom Bergbau geprägten Region — Die Niederlausitz. In: Braunkohle, 12/1991.

⁴ Überlegungen, das Mengendefizit beispielsweise durch Zuführung von Oderwasser auszugleichen, sind nicht ohne weiteres umzusetzen. Die Entnahme dieser Mengen erfordert ein entsprechendes Abkommen mit Polen. Außerdem ist das Oderwasser stark verschmutzt und müßte gereinigt werden. Aber auch das natürliche Wiederauffüllen der Resttagebaulöcher birgt erhebliche Gefahren, da diese teilweise als Deponien u.a. für Filterasche der Braunkohlenkraftwerke sowie Hausmüll genutzt werden. Solange diese Ablagerungen über dem Grundwasserspiegel liegen, ist das von ihnen ausgehende Gefährdungspotential als eher gering einzustufen, geraten sie aber in ein Oberflächengewässer, so kann eine Mobilisierung des Schadstoffgehaltes nicht ausgeschlossen werden. Eine weiträumige Kontamination des Grundwassers wäre dadurch möglich. Vgl. Jürgen Busse: Braune Krater in blaue Seen verzaubern. In: Zeitschrift für kommunale Wirtschaft, Januar 1992.

⁵ Vgl. Vielfalt an Verfahren belebt das Angebot. In: Die Berliner Wirtschaft, Heft 21, 11. Oktober 1991.

⁶ Vgl. Jörg Ruppe: Altlasten in den fünf neuen Bundesländern. Stand der Erfassung und Bewertung. In: Wasserwirtschaft - Wassertechnik, 3/1991.

⁷ Vgl. Abfallkonzept für Berlin und Brandenburg. In: Brandenburger Umweltjournal, Nr. 4, April 1992.

rangig. Zur Vermeidung möglicher Engpässe in der Versorgung Berlins mit Trinkwasser müssen zudem auch wasserwirtschaftliche Maßnahmen in die Wege geleitet werden.

Eine *Senkung des Wasserverbrauchs* bei den Haushalten und Kleingewerbekunden ist nicht nur durch den verstärkten Einbau von wassersparenden Armaturen im Zuge von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand und durch den zunehmenden Einsatz wassersparender Geräte zu bewirken, sondern vor allem durch eine entsprechende Beeinflussung des Verbraucherverhaltens. Steigende Wasserpreise sowie eine individuelle Abrechnung des Verbrauchs könnten dazu beitragen. Im Westteil der Stadt wurde 1989 je Einwohner und Tag mit 167 l deutlich mehr Wasser verbraucht als im Durchschnitt der alten Bundesländer (146 l). Hier wie im Ostteil, in dem — wohl auch aufgrund kräftig gestiegener Wasserpreise — der Verbrauch inzwischen stark zurückgegangen ist, dürfte nach wie vor ein beachtliches Einsparpotential bestehen.

Die Berliner Wasser-Betriebe betreiben schon seit längerem eine Aufklärungskampagne, um dieses Potential stärker auszuschöpfen. Erwägenswert sind finanzielle Hilfen, um den Einbau wassersparender Technik zu forcieren.

In öffentlichen Einrichtungen und im Dienstleistungsbereich wurde schon nachgewiesen, daß durch den Einbau geeigneter Armaturen der Trinkwasserverbrauch spürbar gesenkt werden konnte⁸. Entsprechende Untersuchungen, die auch neue technische Lösungen aufzeigen sollten, müßten auch für Berlin erstellt werden. Die Möglichkeiten zur *Verminderung von Leitungsverlusten* sind im Westteil mit 2 vH der geförderten Wassermenge ausgeschöpft, im Ostteil sind es immerhin noch 12 vH. Diese Verluste zu reduzieren, wird eine der dringendsten Aufgaben des Unternehmens sein müssen.

Im Westteil der Stadt ist die *Eigenentnahme* von Grundwasser durch Gewerbeunternehmen, 44,2 Mill. m³ im Jahre 1975, bis 1987 schon auf die Hälfte gefallen; bis heute dürfte sie noch weiter reduziert worden sein. Für den Ostteil liegen keine Angaben vor; die Tatsache, daß dort mehr

Wasser entsorgt als bezogen wird, spricht für Entnahmen durch Gewerbeunternehmen. Das seit 1990 von den BWB erhobene Entgelt für die Grundwasserentnahme — 0,28 DM/m³ — ist eine Maßnahme, um auch diese Verbraucher an der Finanzierung des Grundwasserschutzes — beispielsweise der künstlichen Grundwasseranreicherung — zu beteiligen. Außer in Baden-Württemberg und Hessen wird nur in Berlin eine solche Abgabe erhoben.

Die vorhandenen *Wassergewinnungsstandorte* sind zu *erhalten und auszubauen*, weil in der Regel einzelne Wasserwerke nur ein Teilnetz versorgen. Ein großräumiger Verbund zwischen den Wasserwerken fehlt bisher. Die Intensivierung der Grundwasseranreicherung durch den Bau weiterer Versickerungsbecken im Bereich der Wasserwerke sowie die Wiederinbetriebnahme eines Teils der Rieselfelder mit Reinwasser aus den Klärwerken könnte dazu dienen, die Kapazitäten an den vorhandenen Standorten zu erhalten. Zusätzlich wäre zu prüfen, ob und wann ein weiteres Wasserwerk neu errichtet wird sowie welche Gründe dagegen sprechen, langfristig auch Wasser aus tieferen Schichten als den bisher erschlossenen zu nutzen.

Im Interesse eines schonenden Umgangs mit einer knappen Ressource sollte die Kontrolle bei der Rückführung von Baustellenwasser — vor allem im Hinblick auf die zu erwartende rege Bautätigkeit — sowie der Ausbau des Grundwasserbeobachtungsnetzes und die Programme für Untersuchungsbohrungen weitergeführt werden.

Allerdings kann damit nur ein kleiner Teil der anstehenden Probleme von den Berliner Wasser-Betrieben selbst gelöst werden. Nur mit flankierenden Maßnahmen der Landespolitik in Berlin und Brandenburg auf Gebieten wie Altlastensanierung, Müllbeseitigung und Wasserführung der Spree wird es möglich sein, die wasserwirtschaftlichen Belange Berlins und seines Umlandes langfristig zu sichern.

⁸ Vgl. K. A. Möhle und R. Masannek: Wasserbedarf, Wasserverwendung und Wassersparmöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen und im Dienstleistungsbereich. In: Wasser + Boden, 4/1990.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 **Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990. DM 48,—.
- Heft 120 **Künftige Perspektiven des Wohnungsbaus und der Wohnungsbaufinanzierung für das Gebiet der neuen Bundesländer.** Von Bernd Bartholmai und Manfred Melzer. 139 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 121 **Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR.** Von Bernd Görzig und Martin Gornig. 104 S. 1991. DM 48,—.
- Heft 122 **Bauwirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR — mögliche Entwicklung der Kostenstruktur im Zuge der Neuordnung nach der Wirtschaftsunion.** Von Bernd Bartholmai, Manfred Melzer und Lutz Uecker. 95 S. 1991. DM 46,—.
- Heft 123 **Zeitreihen des Anlagevermögens in Industriezweigen nach Beschäftigtengrößenklassen.** Von Bernd Görzig. 134 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 124 **Die Außenwirtschaftsförderung der wichtigsten Konkurrenzländer Deutschlands — Frankreich, Großbritannien, Japan und USA im Vergleich —.** Von Siegfried Schultz, Joachim Volz und Christian Weise. 198 S. 1991. DM 72,—.
- Heft 125 **Die unternehmerische Standortwahl und Investitionshemmnisse in den neuen Bundesländern. — Fallbeispiele aus sechs Städten —.** Von Klaus-Peter Gaulke und Hans Heuer. 109 S. 1991. DM 84,—.
- Heft 126 **Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Doris Gladisch, Ruth Grunert, Jochen Schmidt und Heinz Vortmann. 200 S. 1992. DM 84,—.
- Heft 127 **I Der Einfluß der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate auf die Produktions- und Beschäftigungsstruktur — eine quantitative Input-Output-Analyse. — Schwerpunktuntersuchung im Rahmen der Strukturberichterstattung. Band I: Textband.** Von Reiner Stäglin, Dietmar Edler, Joachim Schintke unter Mitarbeit von Renate Filip-Köhn. 317 S. 1992. DM 104,—.
- Heft 127 **II Der Einfluß der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate auf die Produktions- und Beschäftigungsstruktur — eine quantitative Input-Output-Analyse. — Schwerpunktuntersuchung im Rahmen der Strukturberichterstattung. Band II: Materialband.** Von Reiner Stäglin, Dietmar Edler, Joachim Schintke unter Mitarbeit von Renate Filip-Köhn. 202 S. 1992. DM 84,—.
- Heft 128 **Wettbewerbsfähigkeit im zivilen europäischen Großflugzeugbau.** Von Kurt Hornschild. 149 S. 1992. DM 78,—.
- Heft 129 **Struktur und Entwicklungschancen in der Region Westsachsen.** Von Doris Cornelsen, Angela Scherzinger, Hartmut Usbeck, Horst Lambrecht, Hans Neumann, Sabine Radke, Ralf Schmidt, Erika Schulz, Cord Schwartau. 228 S. 1992. DM 112,—.
- Heft 130 **Individuelles Verkehrsverhalten im Wochenverlauf.** Von Uwe Kunert. 275 S. 1992. DM 104,—.
- Heft 131 **Die feinkeramische Industrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 354 S. 1992. DM 112,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Ungenutzte Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen. Bearbeitet von Friederike Behringer und Erika Schulz. —
Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Berlin. Bearbeitet von Franz Wittke.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu 2 Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen				Inland		Ausland				
							Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Investitions-gütergewerbe	Verbrauchs-gütergewerbe								
		in 1000				1985 = 100											
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	1980		308		117,4		111,3		120,8		117,0		117,5		117,4	
	F	1956	1960	312	311	119,3	118,7	111,6	112,1	123,3	122,3	119,2	118,2	118,8	117,7	119,8	120,3
	M	1945		313		119,3		113,3		122,8		118,3		116,8		123,6	
	A	1949		316		119,0		112,6		122,8		117,7		119,2		118,8	
	M	1924	1929	319	317	121,6	120,3	112,0	112,3	126,6	124,5	122,3	120,4	124,7	122,1	116,7	117,5
	J	1913		317		120,3		112,4		124,2		121,2		122,4		116,9	
	J	1878		320		122,8		112,7		127,8		123,9		127,1		115,7	
	A	1844	1844	315	315	125,4	124,9	115,0	115,5	130,6	129,4	126,4	126,2	132,3	130,1	114,2	116,3
	S	1810		309		126,4		118,9		129,8		128,4		131,0		118,9	
	O	1777		309		129,1		118,7		134,1		130,9		135,5		118,8	
	N	1731	1740	306	309	125,2	125,5	116,0	116,8	128,7	128,4	129,6	131,0	135,1	134,0	109,0	111,8
	D	1711		312		122,3		115,7		122,5		132,6		131,3		107,5	
1991	J	1661		321		128,2		118,3		132,7		130,6		136,6		114,5	
	F	1670	1664	324	327	123,7	124,9	115,3	115,5	126,1	128,4	130,1	129,8	133,0	134,3	108,6	109,7
	M	1660		336		122,9		112,9		126,4		128,6		133,2		106,1	
	A	1685		342		120,8		113,7		123,0		125,2		130,1		105,5	
	M	1705	1696	343	343	123,0	122,5	115,1	114,2	126,5	125,5	125,5	126,6	131,3	130,9	109,6	108,7
	J	1699		345		123,6		113,7		127,0		129,1		131,2		111,1	
	J	1711		342		123,6		115,9		125,9		129,3		129,4		113,9	
	A	1706	1703	341	338	123,1	122,9	115,4	114,7	126,1	125,8	127,0	127,2	129,2	129,4	113,2	112,1
	S	1693		330		121,9		112,7		125,5		125,3		129,5		109,3	
	O	1689		320		122,2		114,8		125,3		124,5		129,0		110,9	
	N	1666	1675	317	320	122,8	121,3	116,0	114,5	125,7	124,0	125,0	124,2	131,7	128,8	108,2	108,9
	D	1669		324		118,9		112,8		121,0		123,1		125,8		107,7	
1992	J	1664		329		125,1		118,2		127,7		128,6		133,1		112,1	
	F	1663	1673	343	340	127,1	124,8	118,8	117,7	130,7	127,9	130,1	127,2	136,3	133,0	112,3	111,6
	M	1693		348		122,3		116,1		125,3		122,9		129,6		110,4	
	A	1767		347		120,4		115,0		122,1		124,2		128,9		106,7	
	M	1796	1793	342	342	120,3	119,4	117,3	116,3	121,1	120,1	122,5	122,7	128,7	127,0	106,5	107,2
	J	1817		337		117,6		116,7		117,0		121,4		123,3		108,5	
	J A S O N D	1843		330													

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1985		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr				Einfuhr					
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe												
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	7327		115,9		109,9		121,2		119,4		113,9		46,4		41,5		
	F	7344	7342	116,8	116,7	111,7	110,7	121,7	121,9	132,4	125,7	115,6	115,2	45,7	46,2	41,8	41,9	
	M	7355		117,5		110,4		122,7		125,3		116,2		46,4		42,5		
	A	7365		115,4		111,1		119,1		121,3		115,3		46,3		44,2		
	M	7383	7382	119,7	117,4	109,6	110,4	125,9	122,0	128,0	123,0	119,4	116,6	45,1	44,8	41,4	43,0	
	J	7398		117,0		110,4		120,9		119,6		115,2		43,1		43,5		
	J	7418		118,9		110,5		123,5		124,0		121,8		45,2		44,7		
	A	7434	7428	120,3	120,1	111,3	111,5	124,1	124,2	123,3	123,5	124,7	122,2	45,5	45,2	46,5	45,6	
	S	7432		121,2		112,8		125,0		123,1		120,0		44,8		45,7		
	O	7470		122,2		111,9		125,8		127,4		125,7		46,7		45,9		
1991	N	7484	7483	122,4	122,6	113,1	112,7	125,5	126,4	126,1	125,4	125,0	123,9	46,4	45,8	50,9	48,5	
	D	7495		123,3		113,1		128,0		122,6		121,1		44,3		48,7		
	J	7527		123,2		113,8		126,5		124,1		129,5		45,9		51,8		
	F	7534	7531	123,3	123,2	111,7	113,2	127,2	126,7	103,6	119,2	126,6	128,0	45,4	45,6	49,6	50,6	
	M	7531		123,1		114,1		126,3		129,9		127,8		45,5		50,5		
	A	7538		123,4		112,8		126,9		134,1		130,1		43,9		49,2		
	M	7530	7530	123,8	124,4	114,3	114,0	127,1	128,2	128,0	130,4	127,6	128,6	46,4	44,8	53,2	50,6	
	J	7521		125,9		114,9		130,5		129,2		128,2		44,1		49,5		
	J	7524		123,1		111,9		126,7		131,7		130,4		47,3		51,0		
	A	7506	7514	121,5	122,4	111,0	111,7	126,0	126,5	126,1	130,4	122,7	125,3	47,0	46,8	49,6	50,4	
1992	S	7513		122,5		112,3		126,7		133,3		122,8		46,1		50,7		
	O	7490		122,2		113,6		126,2		131,2		128,3		46,6		51,1		
	N	7484	7485	123,2	121,5	114,5	111,9	127,4	125,7	131,4	130,7	125,0	125,3	48,5	47,6	51,7	51,0	
	D	7480		119,1		107,5		123,5		129,6		122,5		47,6		50,1		
	J	7476		123,4		114,7		126,7		125,3		127,7		45,9		52,2		
	F	7449	7453	125,2	123,7	118,7	116,4	128,1	126,7	140,2	132,4	128,0	125,5	47,6	47,1	52,3	52,3	
	M	7433		122,4		115,7		125,4		131,7		120,8		47,9		52,3		
	A	7416		122,7		114,9		125,8		135,1		126,9		50,5		54,6		
	M			123,6	122,0	117,4	115,2	126,9	124,8	134,2	134,4	120,8		44,5		50,8		
	J			119,6		113,4		121,6		133,9				42,1		48,1		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.